

Warum Wirtschafts- förderung?

Von Alf Ingmar Foerster

Geschäftsführer der Gesellschaft
für Wirtschaftsförderung
in Nordrhein-Westfalen



Nur wenige Begriffe sind im politischen Leben der vergangenen Jahre so sehr in den Vordergrund gerückt wie „Wirtschaftsförderung“. Es erscheint deshalb angebracht, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was darunter zu verstehen ist, warum sie politisch zu dieser Bedeutung kam, und ob die Gründe dafür heute noch bestehen.

Das Wort „Wirtschaftsförderung“ wird heute für vielerlei benutzt, daß es kaum noch von „Wirtschaftspolitik“ zu unterscheiden ist. Dabei ist „Wirtschaftsförderung“ nur ein Bereich der Wirtschaftspolitik, nämlich jener, der darauf zielt, durch spezielle Maßnahmen des Staates und der Gemeinden die gewerbliche Wirtschaft anzuregen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies kann einmal dadurch geschehen, daß man die **Voraussetzungen für wirtschaftliche, insbesondere industrielle Tätigkeit, verbessert**, indem durch Bau von Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Kanälen Regionen industriell erschlossen werden oder ihre Nutzung erleichtert wird. Dazu gehört auch die Verbesserung der Versorgung mit Energie und Wasser und der Abwässerbeseitigung die Einrichtung von Bildungsstätten für neue berufliche Tätigkeiten, oder Wohnungsbau usw. Diese Verbesserung der Infrastruktur“ reicht aber häufig nicht aus, Unternehmen zu veranlassen, in diesem Bereich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Trotz dieser Verbesserung der Infrastruktur kann die Ansiedlung in den so geförderten Gebieten die Unterneh-

men noch mit Mehrkosten belasten, weil hier bisher industrielle Tätigkeit nicht oder nicht in diesen Branchen üblich war. Deshalb ist es häufig zur Wirtschaftsförderung notwendig, den Unternehmen **finanzielle Anreize** für die Errichtung neuer Produktionsstätten zu geben. Im Lande Nordrhein-Westfalen z. B. gewährt der Staat für Ansiedlung in den Steinkohlebergbaugebieten Investitionsanreize durch verbilligte Kredite, Zuschüsse und Steuernachlässe, die insgesamt einen Wert von bis zu 15 % des investierten Kapitals erreichen können. Neben diesen materiellen Leistungen des Staates ist es erforderlich, ansiedlungsinteressierten Unternehmen Informationen über die Chancen zu geben, die sie in bestimmten Bereichen erhalten und auch darüber, ob sie die benötigten staatlichen Entscheidungen in der von ihnen gewünschten Zeit erhalten. Zu diesem Zweck ist als dritter Bereich der Wirtschaftsförderung die **Information und Beratung ansiedlungsinteressierter Unternehmen** und der für Ansiedlung in Betracht kommenden Gemeinden notwendig. Hierfür hat das Land NW eine eigene Institution, die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in NW mbH, vor jetzt fast 10 Jahren gegründet.

Diese Wirtschaftsförderung hat ihr Ziel nicht in sich selbst, sondern darin, daß durch neue Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist verständlich, daß diese Aufgabe in unserem Lande zu einem Zeitpunkt besonderes Interesse gewann, in dem bis dahin bedeutende Wirtschaftszweige durch Entwicklung der Technik und Änderung der Verbrauchergewohnheiten Rückschläge erlitten und in nicht unbeträchtlichem Umfang Arbeitsplätze verloren. Das gilt für den Steinkohlebergbau und die Textilindustrie, hinzu kommen die Landwirtschaft und die Stahlindustrie. Zugleich wurden die Zulieferindustrien, zumal für Bergbau und Stahlindustrie, getroffen. Als dann die Strukturschwierigkeiten dieser Bereiche durch einen 1966 einsetzenden allgemeinen Konjunkturrückgang noch verstärkt wurden, war es nur zu verständlich, daß überall der Ruf nach Wirtschaftsförderung mit dem Ziele, neue, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen, laut wurde. Diese Aufgabe konnte in unserem Lande deshalb schnell in Angriff genommen werden, weil nicht nur die nötigen Überlegungen in den Jahren zuvor angestellt, sondern auch die nötigen Instrumente dafür geschaffen worden waren. So kam es, insbesondere in den Steinkohlenbergbaugebieten des Landes, in einem bisher nicht bekannten Maße zu Ansiedlungen und Ansiedlungsentschlüssen von Unternehmen solcher Branchen, die bisher nicht, oder nicht in wünschenswertem Umfange vertreten waren. Zu erinnern ist insbesondere an die Nichteisenmetall-Industrie mit Werken der Zink- und der Aluminiumproduktion, die Chemie und die Chemiefaserproduktion, den Maschinenbau, die Elektrotechnik und den Fahrzeugbau. Einen verhältnismäßig bedeutenden Anteil hat der Kreis Dinslaken gefunden, in dem bedeutende Investitionen für die Aluminiumherzeugung und die Metallverarbeitung durchgeführt worden sind und noch durchgeführt werden sollen.

Seit den Tagen, in denen diese Investitionen diskutiert und beschlossen wurden, hat sich das allgemeine wirtschaftliche Klima grundlegend geändert. Die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist bis auf gewisse Restbestände beseitigt. Wir haben

wie in der ganzen Bundesrepublik vielfach so viele offene Stellen wie Arbeitslose. Die Konjunktur allgemein ist so sehr angestiegen, daß man sich in der heutigen wirtschaftspolitischen Diskussion damit befaßt, wie sie am besten gedämpft werden kann. Die Stahlindustrie hat eine so hohe Produktion wie noch nie. Selbst Koks ist Mangelware, und die Halden des Bergbaus sind abgebaut. Warum nun noch Wirtschaftsförderung?

Würde sie nicht nur dazu dienen, die beklagte Überhitzung der Konjunktur noch zu verstärken? Weshalb Gedanken machen über neue Arbeitsplätze, wenn die vorhandenen schon nicht alle besetzt werden können? Diese und ähnliche Überlegungen können aber nicht dazu führen, jetzt mit der Wirtschaftsförderung aufzuhören. Das wäre kurzsichtig gedacht, geht es doch um die Arbeitsplätze von morgen und übermorgen. Änderungen der Wirtschaftsstruktur sind langfristige Vorgänge. Wenn wir dann, wenn die Konjunktur vielleicht schon wieder abgeflacht ist, neue Arbeitsplätze wünschen, müssen wir heute die Vorbereitungen dafür treffen. Wirtschaftszweige, die heute in der Sonne der Konjunktur unter Arbeitskräftemangel leiden, können morgen durch technische Entwicklungen, Veränderung der Käuferwünsche oder verstärkten internationalen Wettbewerb Arbeitsplätze verlieren. Wenn wir nicht heute die Voraussetzung dafür schaffen, daß dann durch neue Investitionen in anderen Bereichen neue Arbeitsplätze entstehen, werden wir Arbeitslosigkeit erhalten.

Wirtschaftsförderung kann also nicht erst einsetzen wenn Strukturkrisen, wirtschaftlicher Rückgang und Arbeitslosigkeit bereits eingetreten sind. Sie muß sich bemühen, dies zu verhindern. Das kann sie aber in der Hochkonjunktur am ehesten. Immer gibt es weniger zukunftsträchtige Investitionen als an sich erwünscht sind. In Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs werden daher auch solche Investitionen, die nicht besonders aussichtsreich sind, begrüßt. In Zeiten der Hochkonjunktur kann durch gezielte Förderung sogenannter Wachstumsbranchen am ehesten dafür gesorgt werden, daß die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, hohe Beschäftigung und hohe Löhne bestehen bleiben und verbessert werden. Alle wünschen wir, ohne Mehrarbeit, besser noch mit weniger Arbeit, mehr zu verdienen. Das setzt aber voraus, daß wir unsere Arbeitskraft in den Wirtschaftszweigen einsetzen, in denen sie den höchstmöglichen Nutzen erzielt. Wir können uns dann nicht mit jenen Arbeiten begnügen, die wir bisher schon ausgeführt haben. Wir müssen uns durch Anpassung bemühen, an der Spitze des Fortschritts zu bleiben. Von den vielen hierfür nötigen Mitteln der Wirtschaftspolitik ist eines die Wirtschaftsförderung.